

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pf., Durch Ausdrucker 1,50 M., für die Woche 6,10 M., für den Monat 18,30 M., für die Post 6,10 M., für den Monat 18,30 M.
Postfachkonto Nr. 28 888. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H.“ Breslau, Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Mittwoch, 28. September 1921

Anzeigenpreise: Die gelbaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 M., auswärts 0,90 M., Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 M., Reklame: Die Millimeterzeile, gelbaltend oder deren Raum im Text 3.— M.

Der Kampf ums Brot.

Die Teuerung wächst. Die Großhandelsindizes des Statistischen Reichsamtes ist von 1425 im Durchschnitt des Monats Juli auf 1909 im Durchschnitt des August gestiegen.

An der Erhöhung sind ausnahmslos alle Warengruppen beteiligt. Es stiegen: Getreide und Kartoffeln von 1096 auf 2033; Fleisch, Fisch und Gette von 1633 auf 1762; Kolonialwaren von 1447 auf 1731; landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel von 1245 auf 1949; Häute und Leder von 1729 auf 1791; Textilien von 1991 auf 2193; Metalle von 1581 auf 1673; Rohle und Eisen von 1740 auf 1774; Industriestoffe von 1763 auf 1834.

Der Hunger geht durch Deutschland! Die freie Wirtschaft, die Großagrarien und Industriekapital durchgeföhrt haben, wirkt sich aus. Allein die Indizes für Getreide und Kartoffeln ist um fast tausend Punkte gestiegen. Damit sind die beiden wichtigsten Nahrungsmittel in einem Monat im Preis um fast 100 Prozent gestiegen. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten aber sollen sich mit Lohn- und Gehaltserhöhungen von 5 bis 20 Prozent zufrieden geben. Auch die menschewistischen Gewerkschaftsführer tun nichts, um durch wuchtigen Kampf in geschlossener Einheitsfront einen wirklichen Ausgleich der Teuerung und darüber hinaus eine tatsächliche Verbesserung der Lebenslage heranzuholen. Gegenüber diesen Tatsachen können die Werkstätten nicht ruhig und gelassen bleiben. Wenn sie sich nicht durch wachsendes Elend zu Heloten herabdrücken lassen wollen, dann müssen sie selbst den einheitlichen, wuchtigen Kampf um eine tatsächliche Verbesserung der Lebenslage organisieren und führen.

30000 Thüringer Metallarbeiter im Streik.

Nachdem die Thüringer Metallindustriellen die minimalen Forderungen der Metallarbeiter abgelehnt haben und weitere Verhandlungen abbrechen, stehen seit Sonnabend vormittag die Metallarbeiter im Streik. Es streiken die Metallarbeiter in Apolda, Arnstadt, Eisenach, Erfurt, Gotha, Greiz, Müchhausen, Nordhausen, Saalfeld, Salzungen, Suhl, Schmalkalden, Weimar, Zeulenroda.

Unternehmerangriff im Leunawerl.

Die Zerspaltung der gegenwärtigen Lohnbewegung in lauter Teilkämpfe schwächt nicht nur die Position der Arbeiterschaft in der gegenwärtigen Teuerungswelle, sondern macht sogar den Unternehmertum noch Mut, zum Gegenangriff auf

die Arbeiterschaft vorzugehen. So haben die Unternehmer für das Feuerungsgewerbe, die im Leunawerl Arbeiten ausführen, auf einen Druck der Werkleitung hin ihre Feuerungsmaurer und deren Helfer ausgeperrt.

Generalfreil in Husum.

Da keine Verständigung zwischen den Arbeitgebern und dem Transportarbeiterverband erzielt werden konnte, haben die Gewerkschaften den Generalfreil proklamiert. Die städtischen Werke werden durch Beamte in Betrieb erhalten. Die Schupo ist aus Heide und Schleswig hier eingetroffen.

Fortgang des Stuttgarter Friseurstreikes.

Die Stuttgarter Friseurgehilfen sind gezwungen, den Streik weiter zu führen, da die Friseur-Zwangstimmung die restlose Wiedereinstellung der am Streik Beteiligten ablehnt.

Streik im Lanthwitzer Krankenhaus.

Seit einigen Tagen befindet sich ein Teil des Lanthwitzer Krankenhauspersonals im Ausstand, um seine Einordnung in den bestehenden Tarif zu erzwingen.

Zuschneiderstreik in Berlin.

Eine Mitglieberversammlung des „Verbandes der Zuschneider und Direktrizen“ beschloß, in den Ausstand zu treten, da keine Aussicht besteht, daß die Unternehmer die Forderungen auf Lohnserhöhung anerkennen.

Geschleierter Verhandlungen im Filmstreik.

Die Verhandlungen zwischen den Unternehmern und Arbeitern der Berliner Filmindustrie, die im Reichsarbeitsministerium stattfanden, sind ergebnislos abgebrochen worden, da die Unternehmer über ihr Angebot hinaus keine Zugeständnisse in der Lohnfrage machen wollten.

Streik bei Schwarztopf.

Die Akkordarbeiter der großen Maschinenfabrik Schwarztopf (Widau) stehen wegen Lohnunterschieden im Streik. Maschinenisten und Heizer haben sich solidarisch erklärt.

23 Wochen Streik ohne Ergebnis.

Ein Musterbeispiel für die Zustände, zu denen die Zerspaltung der Gewerkschaftsvorstände in der gegenwärtigen Lohnbewegung führt, bildet der Streik bei der Firma Vereinigte Silberwarenfabriken A.-G. in Düsseldorf. Seit 23 Wochen steht die Belegschaft im Streik, um die Direktion zum Nachgeben zu zwingen, und bis heute ist noch kein Erfolg erzielt.

Von Griesbach bis Görlich.

Mit kaum verhaltenen Jubel begrüßt die Presse der großen Bourgeoisie den Beschluß des Görlicher Parteitages der SPD., der den Weg freimacht für die Koalition der Mitte — von Stinnes bis Scheidemann.

In der Tat — die Bourgeoisie hat binnen 3 Wochen eine große Schlacht gewonnen. Die Schiffe von Griesbach waren die Einleitung, Görlich ist der vorläufige Abschluß.

In breiten Kreisen der Arbeiterschaft, selbst der sozialdemokratischen, regt sich das dumpfe Gefühl des Geprelltseins, einer ungeheuren Blamage.

Das Gefühl ist begründlich und berechtigt. Ein Anlauf in Massenmassen, um am Ende sich in den Armen von Stinnes und Stresemann zu finden, in drei Wochen von der „proletarischen Einheitsfront“ zur „Arbeitsgemeinschaft“ mit der Partei der Großindustrie und der Großbanken — das ist in der Tat ein Absurd, der nicht alltäglich ist.

Es handelt sich jetzt für die Arbeiterschaft darum, klar zu verstehen, wie es soweit gekommen ist und wo sie jetzt steht.

Der Gang der Dinge und die jetzige Lage wird sofort klar, wenn man den Phrasendunst beiseite schiebt, in der die groß- und die kleinbürgerlichen Parteien das Kampffeld zu füllen verstanden haben, und wenn man die Ergebnisse der letzten drei Wochen als das nimmt, was sie sind — als eine große Auseinandersetzung der großen Klassen, die sich unter den verschiedenen Parteienamen verdecken.

Im Angelpunkt der Auseinandersetzung steht die große Bourgeoisie, die Großindustrie und die Banken, vertreten durch die Deutsche Volkspartei. Rechts von ihr die Junker, die Offiziere, die reaktionären Beamten, politisch vertreten durch die Deutschnationalen. Dann, als der „Schild“ der Schlacht, das Kleinbürgertum, verkörpert durch Demokraten, Zentrum, Sozialdemokraten, Inhaber der Reichsregierung und einer Anzahl von Landesregierungen. Schließlich die Arbeiterklasse — bis heute noch in ihrer Mehrheit unter Führung der kleinbürgerlichen Parteien.

Die Niederlage der Arbeiterklasse fällt vollkommen zusammen mit der kläglichen Niederlage der kleinbürgerlichen Demokratie, die sie politisch geführt hat.

Rekapitulieren wir kurz die Abschnitte des Kampfes.

Erster Abschnitt: Die große Bourgeoisie fühlt sich bedroht durch die wachsende Bewegung in den Arbeitermassen und dem Kleinbürgertum, das sich aufbaut gegen die unaufhaltbare Herabdrückung seiner Lebenslage. Unangenehme Verhältnisse drohen. Die Kleinbürger in der Regierung reden von „Erfassung der Goldwerte“. Also: die Kleinbürger einschüchtern und ihnen das Knie auf die Brust setzen. Die Einschüchterung sollen die Schiffe auf Erzberger vollbringen, das Knie auf die Brust legt die große Bourgeoisie der Regierung durch die Sabotage der Wiedergutmachungszahlung.

Jedermann weiß, daß die Monarchistenbanden gepeißt werden von der großen Industrie und den großen Bankherren, daß von Ludendorff bis herab zum kleinsten Marineoffizier diese ganze Sippe von der großen Bourgeoisie an der Strippe gehalten, ausgehalten und gelenkt wird.

Zweiter Abschnitt: die kleinbürgerliche Demokratie tritt todesmutig auf den Kampfplan. Die Sozialdemokratie gibt die Stichworte: ganze Arbeit mit der Reaktion, zweite Revolution, rettet die Republik, verjagt die Monarchisten von der öffentlichen Bildfläche! Es erscheint, millionenförmig, die Arbeiterklasse mit dem Kopf auf den Lippen: Nieder mit der Reaktion! Und nun, angesichts der drohenden Arbeitermassen, vollzieht sich eine dramatische Wendung.

Die kleinbürgerliche Demokratie kriecht es mit der Angst vor dem Proletariat. Sie stößt den Angstschrei aus: „Verständigung mit Bayern!“ Sie weicht tapfer zurück, denn größer als die Furcht vor der monarchistischen Konterrevolution ist die Furcht vor der proletarischen Revolution. Der Mordbolch der Monarchisten ist ihr unheimlich genug, aber noch unheimlicher ist ihr der Massenmarsch der Arbeiterklasse.

Dieser bänglichen Lage der kleinbürgerlichen Demokratie entspricht der kleine Belagerungszustand, mit dem sie nur Spaß macht, gegen die Monarchisten, mit dem sie aber Ernst machen kann, gegen das Proletariat.

Die große Bourgeoisie erfährt blitzschnell die Lage. Die Deutsche Volkspartei gestern und heute die große Goldquelle der monarchistischen Wächter für ihre Geldschänke treten plötzlich „auf den Boden der Republik“. Das Proletariat ist aufmarschiert, die kleinbürgerliche Demokratie einschüchtert durch diesen Aufmarsch. Also Bündnis mit der kleinbürgerlichen Demokratie! Dazu muß man die Hohenzollernflagge einstecken und die republikanische Flagge hissen. Der monarchistische Heerhaufen bleibt ja immer noch als Reserve. Unter der Flagge der Republik unterwirft sich die große Bourgeoisie die kleinbürgerliche Demokratie, die die rote Fahne zittern

Zum Frieden bereit — aber auch zum Krieg!

Appell an die Proletarier der ganzen Welt.

Moskau, 27. September 1921.

Heute fand eine Plenarsitzung des Moskauer Sowjets statt, in der der Kriegskommissar Trotzki über die Lage in der Ukraine und über die internationale Lage im gegenwärtigen Augenblick berichtete. Er berichtete zunächst von der unzweifelhaften Kräftigung der Autorität der Sowjetmacht unter den Bauernmassen der Westukraine. Das bäuerliche Räuberunwesen als Opposition gegen die Sowjetregierung ist fast gänzlich verschwunden. Von der noch vor kurzem starken nationalistischen Bewegung der Bauern, die einst Petljura folgten, verbleiben heute nur noch geringe Spuren. Trotzki weist weiter darauf hin, daß die Manöver in der Ukraine den Zweck verfolgen, alle jene, die es angeht, daran zu erinnern, daß die Rote Armee besteht und ihre Arme nicht in den Schöpf legt, sondern an der Festigung ihrer Kampfbereitschaft arbeitet. Nach dem maßgebenden Zeugnis des Kriegsministers haben die Manöver augenfällig gezeigt, daß die Rote Armee während der letzten Monate sowohl in ideeller als auch operativer und organisatorischer Beziehung große Erfolge erreichte. Dabei äußerten die Manöver außerordentlich starke geistige Zusammengehörigkeit der ganzen Roten Armee der russischen Republik von oben bis unten.

Zum Ultimatum, das unter dem Druck der Pariser Börse von der polnischen Regierung der Regierung der R.S.F.S.R. gestellt wurde, erklärte Trotzki kategorisch, daß gegenwärtig zwischen Polen und Rußland keine Streitfrage besteht, die nicht auf friedlichem Wege gelöst werden könnte, und daß die Sowjetregierung nach wie vor ihre volle Bereitschaft erklärt, auf dem Verhandlungswege alle diejenigen Hindernisse zu beseitigen, die heute der Schaffung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Rußland und Polen entgegenstehen. Doch gleichzeitig damit erklärte er als Führer der bewaffneten Macht der Republik und als Vertreter der Sowjetregierung mit dem größten Nachdruck, daß die Rote Armee in höchstem Maße und in voller Übereinstimmung mit den breitesten Volksmassen der R.S.F.S.R. bereit ist, sich zur Verteidigung des Landes und der großen Errungenschaften der Revolution gegen Angriffe von rechts imperialistischer Art zu erheben. Am Schluß seines Berichtes äußerte der Kriegsminister die Überzeugung, daß die Arbeiter und Bauernmassen Polens jene abenteurerischen Gruppen unter den polnischen Imperialisten zur Vernunft bringen werden, die gemeinsam mit den Pariser

Imperialisten heute verbrecherisch versuchen, die Sowjetrepublik neuerlich in den Krieg zu ziehen. Entsprechend dem im Bericht Trotzki formulierten Grundsätzen wurde vom Moskauer Sowjet einstimmig eine Resolution angenommen, die den unbegrenzten Willen der Vertreter der Moskauer Arbeiter und Rotarmisten bereit ausdrückt, vor keinerlei Opfern zur Verteidigung der großen Errungenschaften der Revolution zurückzutreten. Die Rede des Volkskommissars, die von Ruhe und Festigkeit durchdrungen war, wurde häufig vom stürmischen Beifall der Zuhörerchaft unterbrochen.

Im Anschluß an den Bericht Trotzki über die internationale Lage Sowjetrußlands hat der Moskauer Sowjet folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Moskauer Sowjet erklärt vor den Werttätigen der ganzen Welt, daß die Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands, welche an dem Wiederaufbau ihrer vom Kriege zerstörten Wirtschaft arbeiten und mit den Folgen der furchtbaren Hungernot kämpfen, Frieden wollen und gewillt sind, diesen Frieden zu wahren. Der Moskauer Sowjet ist sich aber dessen bewußt, daß die Feinde Sowjetrußlands, mit den französischen Imperialisten an der Spitze, ihre wahnsinnige Hoffnung nicht aufgegeben haben, den Zusammenbruch der Sowjetmacht militärisch zu erzwingen, und zu diesem Zweck einen Moment auszuweichen, da ganz Rußland seine Kräfte auf die friedliche Arbeit konzentriert hat. Der Moskauer Sowjet erklärt, daß jedes Attentat auf die Einheit und Unabhängigkeit Sowjetrußlands bei den arbeitenden Massen Rußlands auf einheitlichen entschlossenen Widerstand stoßen wird. Das russische Proletariat und die Bauernschaft werden in sich genaue Kraft finden, um ihre Feinde so zu vernichten, wie sie bis jetzt im Laufe von dreieinhalb Jahren vernichtet wurden. Die Feinde Sowjetrußlands mögen wissen, daß kein Heerhaufen die russischen Arbeiter und Bauern überrennen wird, daß sie jederzeit entsprechenden Widerstand leisten werden. Der Moskauer Sowjet fordert die Soldaten und Offiziere der Roten Armee und Flotte zu unermüdlicher Energie und steter Wachsamkeit auf. Der Moskauer Sowjet richtet an die Proletarier der ganzen Welt und besonders an die arbeitenden Massen der Nachbarstaaten Sowjetrußlands die Aufforderung, sich mit aller Energie in das niedrige Spiel der imperialistischen Abenteuer einzumischen und dadurch für das russische Proletariat die Möglichkeit zu schaffen, seine friedliche Außenarbeit ungehindert fortzusetzen.“

Dritter Abschnitt: Das Angebot der großen Bourgeoisie, Geld für die Wiedergutmachung zu schaffen. Das schlägt zwei Fliegen mit einem Schlag: Man wendet Steuern vom eigenen Geldschrank ab und man kauft sich die Kleinbürgerregierung in aller Form.

Vierter Abschnitt: Görlich. Die kleinbürgerliche Demokratie stiftet der großen Bourgeoisie freudig-ängstlich in die Arme. Die große Bourgeoisie aber sichert sich auch nach der anderen Seite. Die Rüstungen ihrer Truppen in Bayern und anderwärts geben mit Hochdruck weiter für den Fall des Falles. Für den Augenblick sichert die kleinbürgerliche Demokratie den republikanisch bräuterten Klassenkampf weit wirksamer, als die Schießschiene der Hohenzollernbasillen. Aber wer wagt, wie lange?

Die Arbeiterschaft ist geprellt, aber sie ist nicht geschlagen.

Die kleinbürgerliche Demokratie hat sich jämmerlich blamiert. Görlich ist der Anfang von ihrem Ende.

Die Sozialdemokratie ließ erklären, das Bündnis mit der Großbourgeoisie sei das letzte Mittel, um den Bürgerkrieg zu vermeiden. In der Tat, die Unterwerfung unter die große Bourgeoisie ist das unsichtbare Mittel, um den Bürgerkrieg zu vermeiden.

Es ist nur, daß die kleinbürgerliche Demokratie sich unterwerfen kann, aber nicht die Arbeiter.

Der Klassenkampf als sittliche Forderung. Das neue Programm der SPD.

Das neue Programm der Sozialdemokratie, dessen Abfassung man kluger Voraussicht dem viel und flott schreibenden Journalisten Stampfer übertragen hat, unterscheidet sich in nichts wesentlichem von den schon vorherigen Programmtexten ohne Klassenkampf.

Das Wort Proletariat oder Arbeiterklasse kommt in diesem Aufsatz nicht vor. Man spricht dort vom „arbeitenden Volk“, von der „schaffenden Masse“ und ähnlichen in allen bürgerlich-demokratischen Rundgebungen enthaltenen Ausdrücken, um endlich beim „Volk“ und „Vollswillen“ schlechthin ohne jegliche Trübung durch einen Klassen Gegensatz zu gelangen.

Den Kernpunkt des Programms bilden folgende Sätze: „Die kapitalistische Wirtschaft hat den wesentlichen Teil der durch die moderne Technik gewaltig entwickelten Produktionsmittel unter die Herrschaft einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großbesitzern gebracht, sie hat breite Massen der Arbeiter von den Produktionsmitteln getrennt und in heftige Proletariat verwandelt. Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert und einer kleinen, im Ueberfluß lebenden Minderheit weite Schichten entgegengesetzt, die in Not und Elend verkommen.“

Die marxistische Methode wird hier durch eine moralische Betrachtung über die Ungleichheit abgelöst. Statt einer historischen Analyse der im kapitalistischen System selbst gegebenen Widersprüche und Tendenzen haben wir hier ein gefühlseliges Pathos, dessen sich kein bürgerlicher Philantrop zu schämen braucht.

Die politischen Forderungen entsprechen dieser Einleitung. Es heißt da:

„Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, zum Schutze der errungenen Freiheit das Letzte einzusetzen. Sie betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unabweislich gegebene Staatsform, einen Angriff auf sie als ein Verbrechen gegen die Lebensrechte des Volkes.“

Die Sozialdemokratische Partei kann sich aber nicht darauf beschränken, die Republik vor den Anschlägen ihrer Feinde zu schützen. Sie kämpft um die Herrschaft des im freien Volkswillen organisierten Volkswillens, um die Wirtschaft, um die Erneuerung der Gesellschaft im Geiste sozialen Gemeinwills.“

Die Sozialdemokratie kämpft also nicht für die Rechte der Arbeiterklasse, sondern die des „Volkes“. Nicht die Herrschaft der Arbeiterklasse ist ihr Ziel, sondern der freie „Volkswille“, in dem die Bourgeoisie alle Freiheiten liebt.

Dieses Programm könnte sich jede kleinbürgerliche demokratische Partei geben. Aber halt! Im Programm der Sozialdemokratie ist auch das Wort vom Klassenkampf enthalten. Freilich nur das Wort. Es heißt dort:

„Die (die kapitalistische Wirtschaft, d. Red.) hat damit den Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur sittlichen Forderung gemacht.“

Den Klassenkampf des Proletariats als „sittliche Forderung“ aufzufassen heißt den Begriff des Klassenkampfes zu einer Angelegenheit des Gemüts machen. Der Klassenkampf, den man, um die Mitglieberschaft nicht vor den Kopf zu stoßen, im Programm erwähnt hat, ist hier nur eine leere Formel.

Das Programm zeigt, daß die SPD-Führer allen sozialistischen Ballast über Bord geworfen haben, dies Programm ist das Programm der Zusammenarbeit mit Stinnes. Daran ändert auch die Forderung der „Ueberführung der Großbetriebe in die Gemeinwirtschaft“ nichts, denn kein SPD-Führer kann angeben, was diese „Gemeinwirtschaft“ eigentlich bedeutet.

Haben die SPD-Führer umgelernt?

Franz Krüger fühlt sich offenbar durch die Mitbestimmung in den eigenen Reihen genötigt, durch einen Artikel im „Vorwärts“ zu beweisen, daß die SPD-Führer in Görlich nicht umgelernt hätten.

Krüger wagt den Vorwurf des Zusammengehens mit der Stinnespartei darauf zu erwidern, daß er schreibt:

„Ich wiederhole, was ich auf dem Görlicher Parteitag mit aller Schärfe festhielt: bleibt die Deutsche Volkspartei bei ihrer bisherigen Politik, bleibt sie bei ihrer bisherigen Einnahme zur Republik, verzichtet sie nicht auf monarchistische Propaganda, ist sie nicht bereit, an der weitestgehenden Heranziehung des Volkes zu den Lasten des Reiches und der Länder mitzuwirken, ist sie nicht bereit, die Demokratisierung der Verwaltung zu unterstützen, so kann es nie bisher auch in Zukunft keine Koalition mit ihr geben.“

Die Haltung der Deutschen Volkspartei, besonders die Rede Stresemanns, haben gezeigt, daß nicht die SPD, es ist die Bedingungen sind, sondern Stinnes selbst Krüger scheint die Arbeiter für besonders dumm zu halten,

wenn er ihnen einreden will, daß es möglich sei, die Konterrevolution gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei zu bekämpfen, daß es möglich sei, den Besitz gemeinsam mit Stinnes zu belassen.

Krüger sucht dann noch abzuleugnen, daß der Görlicher Beschluß ein Schlag gegen die proletarische Einheitsfront bedeutet. Er schreibt:

Der Görlicher Beschluß bedeutet daher in erster Linie auch eine Aufforderung an die Unabhängigen zu einer solchen Politik (wie sie die SPD beschlossen hat. Die Red.) und er bedeutet weiter, daß wir auch mit den Kommunisten eine Kampfes- oder Regierungsallianz eingehen können, wenn sie sich verpflichten, während dieses gemeinsamen Vorgehens ihre abweichenden Anschauungen zurückzustellen und an der Durchführung unseres Mindestprogramms eifrig mitzuarbeiten.

Was Krüger hier schreibt, ist eine unverkennbare Zustimmung an die Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft soll sich als Ganzes dem Willen von Stinnes unterwerfen. Was die Aufforderung an die Kommunisten betrifft, so können wir erklären, daß wir stets bereit waren, mit den SPD-Arbeitern gemeinsam für gemeinsame Ziele zu kämpfen, daß wir aber nicht daran glauben, daß die Mindestforderungen der Arbeiter durch eine Gemeinschaft mit Stinnes verwirklicht werden könnten.

Wir können aber Krüger trösten. Er und seine Gesinnungsgenossen haben wirklich nicht umgelernt. Das Zusammengehen mit der Stinnespartei ist nur der Abschluß einer Entwicklung, die er am 4. August 1914 begonnen hat.

Wo bleibt das Leipziger Aktionsprogramm?

Die Führer der USF, um Hilferding haben mit begreiflicher Besorgnis es ängstlich vermieden, irgend eine klare Stellung zu dem Görlicher Beschluß der SPD einzunehmen.

Zwei Artikel von Kautsky und Breitfeld enthalten das Geheimnis dieser Haltung. Die USF-Führer haben sich schon so weit mit den Führern der SPD eingelassen, daß sie von ihnen nicht mehr loskommen können. Sie waren selbst drauf und dran, in eine Koalitionsregierung einzutreten. Kautsky schreibt:

„In dieser Situation begann auch in den unabhängigen Reihen die Unversöhnlichkeit gegenüber dem Koalitionsge-

Warum so schweigsam?

Diese Frage richten wir angesichts der Zeugenaussagen vor dem Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages an die

bürgerliche, sozialdemokratische und unabhängige Presse.

Sie haben sich im März im Vernichtungsstempel gegen die Kommunisten jähbarisch erwiesen. Sie schwindelten doch damals gemeinsam und waren so überaus geschwätzig! Woran mag es liegen, daß sie auch jetzt wieder so einmütig handeln, indem sie das Ergebnis der Zeugenaussagen und die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses überhaupt totschweigen?

Ist denn die Sache gar nicht in eine Kommunistenhege umzuwälzen?

Arbeiter der SPD und USPD! Es wird gut sein, wenn Ihr einmal eure Parteileitungen fragt, warum sie und ihre Zeitungen jetzt so schweigsam sind, sie haben doch im März so kräftige Worte gegen das „Märzverbrechen“ gefunden. Warum sind sie

so stumm geworden?

hätten abzubrechen. Man unterhalte das Kabinett Wirth, begünstige den Eintritt von Sozialdemokraten in ein (bürgerliches) Koalitionsministerium in Preußen und begann in manchen Parteigruppen sogar den Eintritt der eigenen Partei in eine (bürgerliche) Koalition zu diskutieren. In Görlich galt es, diese Entwicklung zu fördern. Dies konnte nur dadurch geschehen, daß man an der bestehenden Form der Koalition unter der Führung Wirths festhielt — der bisher einwandfreien und sympathischen Form der Koalition —, soweit man gegenüber einer Einseitigkeit von Einwärtsfreiheit und Sympathie sprechen kann, die doch nur als das kleinere unter mehreren großen Übeln für uns in Betracht kommt.“

Breitfeld wird noch deutlicher:

„Nach meinem Dafürhalten ist die Frage des Zusammengehens mit bürgerlichen Gruppen nicht grundsätzlicher, sondern taktischer Art. Es können Verhältnisse eintreten, in denen eine sozialistische Partei vorübergehend mit gewissen kapitalistischen Parteien eine Regierung bilden darf... Nach in diesem Falle ist freilich Vorbedingung, daß die bürgerlichen Partner sich zur Erfüllung ganz bestimmter, von den Sozialisten formulierter Forderungen verpflichten, und daß die Sozialisten sich fast genug fühlen, die Erfüllung zu erzwingen. Vielleicht wäre es richtiger gewesen, wir hätten die beiden Fälle, wo uns die Mitwirkung in der Regierung angeboten wurde, solche Bedingungen angefügt.“

Diese Aeußerungen beweisen, daß die Hilferding und Breitfeld mindestens ebenso viel Schuld am Görlicher Beschluß tragen, wie die Herrmann Müller und Scheidemann. Was Kautsky und Breitfeld schreiben, ist die Theorie, die die SPD durch ein Zusammengehen mit Stinnes in die Praxis umsetzen will.

Die paar Enttäuschungsphrasen, die Kautsky und Breitfeld gegen den Görlicher Beschluß finden, zeigen nur die Enttäuschung darüber wider, daß auch diesmal die Ministersekel an den Unabhängigen vorbeigegangen sind.

Die Haltung aber, die sowohl Breitfeld und Kautsky, als auch die Hilferdingische „Freiheit“, einnehmen, zeigt, daß sie an keinen Kampf gegen den Stinnesblock denken, daß sie ihm gegenüber dieselbe abwartend unterwürfige Haltung einnehmen, wie gegenüber der Regierung Wirth. Was sagen die unabhängigen Arbeiter zu dieser Art von Politik?

Wo bleibt das Leipziger Aktionsprogramm?

Deutsche Schilanen gegen russische Schiffe.

Ueber die Behandlung der russischen Schiffe in Deutschland sind in der Presse verschiedene falsche Behauptungen aufgestellt worden. Von zutreffender Stelle erhalten wir noch einmal folgende Tatsachen mitgeteilt:

„Das russische Sanitätschiff „Transbalt“ brachte im Juli 1921 deutsche Kriegsgefangene aus Rußland nach Deutschland, die in Swinemünde ausgeschifft wurden. Der „Transbalt“ hatte Befehl, die noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen einzuschiffen, sowie auch circa 800 Tonnen Waren für Rußland zu verladen. Das Schiff wurde bei seinem Herannahen an den Stettiner Freihafen die Einfahrt überhaupt verboten. Es wurde gezwungen, im sogenannten Jubelstiefhafen, 3 Kilometer von Stettin entfernt, zu landen, wo normalerweise keine Schiffe liegen, während alle anderen in Stettin ankommenden Schiffe ohne weiteres freie Einfahrt in den Stettiner Hafen haben.“

Gleich bei seiner Ankunft wurde das Schiff durch eine Kompanie Polizisten am Ufer und auf der See in Motorbooten empfangen und umzingelt. Von diesem Moment ab blieb der „Transbalt“ von Polizisten und Detektiven überwacht und jeder Verkehr mit dem Ufer wurde der Besatzung strengstens verboten.

Nach langen Unterhandlungen wurde zehn Personen der Besatzung gestattet, unter ständiger Beobachtung und Begleitung von Geheimpolizisten in die Stadt zu gehen. Unter diesen Umständen verzichteten die erwähnten zehn Personen vollkommen darauf, die Stadt zu betreten.

Die Behandlung des Schiffes „Transbalt“ seitens der deutschen Behörden ist umso unerhörter, als das Schiff ein russisches Staatschiff ist, und als solches die Exterritorialität genießt. Nach dem Völkerrecht und deutschem Recht, wie auch nach dem Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Rußland vom 6. Mai 1921, Art. 10, mußten die zuständigen deutschen Behörden wissen, daß diese Behandlung vollkommen rechtswidrig ist.

Aber nicht nur russische Staatschiffe, sondern auch russische Handelsschiffe werden auf solche unerhörte Weise schikaniert. Beispielsweise wurde das Handelsschiff „Argun“, welches aus Rußland Holz und Flach mitbrachte und aus Deutschland deutsche Waren verschiffen sollte, in Hamburg ähnlich behandelt. In der deutschen Presse wird versucht, die Behandlung deutscher Schiffe in Rußland als dieselbe, wie die den russischen Schiffen in Deutschland zuteil werdenden darzustellen. Alle diese Behauptungen sind vollkommen erlogen.

Deutsche Schiffe wurden beim Einlaufen in die Häfen Sowjetrußlands stets mit offenen Armen empfangen und die Besatzung wurde zur Besichtigung der Stadt eingeladen. Wenn die Mannschaft daran gehindert wurde, das Schiff zu verlassen, so geschah das einzig und allein dadurch, daß die deutschen Kommandanten der Schiffe die Mannschaft daran hinderten, nicht die russischen Behörden.“

Die deutsche Arbeiterschaft muß energisch dagegen protestieren, daß zur selben Zeit, da neue imperialistische Angriffe auf Sowjetrußland vorbereitet werden, die deutsche Regierung die Verträge mit Rußland als einen Fetzen Papier betrachtet. Wenn die deutsche Regierung sich irgendwie an dem „Märzverbrechen“ gegen die russische Regierung der Arbeiter beteiligt, muß die Arbeiterschaft geschlossen ihre Macht einsetzen um dies zu verhindern.

Der Pakt mit der bayerischen Gegenrevolution vor dem Abschluß!

(MWB.) Berlin, 27. September.
Der bayerische Ministerpräsident, Graf Lerchenfeld, stattete heute vormittag dem Reichspräsidenten und darauf dem Reichskanzler einen Besuch ab. Im Anschluß an die Besuche wurden die Verhandlungen über die zwischen dem Reich und Bayern stehenden Fragen über den Ausnahmezustand und die Verordnung des Reichspräsidenten vom 2. 8. 1921 beim Reichskanzler aufgenommen. Die Verhandlungen, an denen auch der Reichsminister des Innern und der bayerische Minister teilnahmen, wurden im Geiste der Verständigung und des Ausgleichs geführt. Die bayerische Delegation wird sich unverzüglich mit dem bayerischen Ministerrat und den zuständigen Stellen des bayerischen Landtages in Verbindung setzen, um sich über das Ergebnis der Verhandlungen endgültig zu verständigen. Der Reichskanzler wird am Mittwoch im Reichstag von dem Ergebnis der Verhandlungen Mitteilung machen.

„Verständigung“ mit dem Kahrsystem, das ist die Lösung der Regierung. Für die Arbeiter kann es keine solche Verständigung geben. Jetzt haben sie das Wort.

Die Verständigung ohne Sieger und Besiegte bedeutet, daß Bayern, wo Lerchenfeld nach Kahr's Programm weiterregiert, einen unbefristeten Erfolg davontragen soll.

Die Arbeiterschaft muß sich selbst die nötigen Sicherungen gegen die Gefahr, die von der bayerischen Gegenrevolution droht, erkämpfen.

Lerchenfeld, der Ministerpräsident der Denkschriftlichen.

Die „München-Augsburger Zeitung“ erklärt, daß die bayerische Mittelpartei durch ihr Ausreten aus der bisherigen Koalition nicht ihr Mißtrauen gegen den neuen Ministerpräsidenten bekunden wolle. Die Partei werde der neuen Regierung ihre Unterstützung nicht verweigern, solange die Regierung an den Grundfragen der Politik von Kahr's festhalte und entschlossen alle Versuche niederkämpfe, die Ordnung und Ruhe stören.

Nachdem auch die SPD angekündigt hat, daß sie nicht in grundsätzliche Opposition gegen die neue Regierung tritt, hat damit die neue Front von Scheidemann bis Stinnes ihre natürliche Ergänzung gefunden bis zu den denkschriftlichen Orgeschleiden.

Monarchistische Versammlungen — Arbeiter verhaftet.

München (Kahr), 27. September.
Einer nationalistischen Versammlung des Vereins für Auslands-Deutschtum, in der Admiral Scheer sprach, wurde darauf ein frühes Ende bereitet, daß die anwesenden Arbeiter, als ein weiterer reaktionärer Redner das Wort ergreifen wollte, zum Protest die Internationale ansprachen. Beim Verlassen des Saales kam es durch das provokatorische Auftreten der Monarchisten zu Zusammenstößen. Die herbeigerufene Schupo verhaftete viele Arbeiter.

Ein konterrevolutionärer Putschist aus der Haft entlassen.

(MWB.) München, den 27. September.
Der Führer der national-sozialistischen Arbeiterpartei Adolf Hiller, der unter dem Verdacht einer beachtlichen Demonstration vor dem Landtage verhaftet worden war, ist gestern wieder aus der Polizeihaft entlassen worden.
Dieser deutschvölkische Held mußte eigentlich in den nächsten Tagen mindestens zum Polizeipräsidenten in Kahr's Bayern ernannt werden.

Wirth über seine Politik.

In Wirths Politik gehört es bekanntlich, daß er in regelmäßigem Abstand schone radikale und sehr demokratische Reden hält und sich von ausländischen Journalisten interviewen läßt. Das neueste Interview erscheint im "Parisien". Wirth erklärte erstens über die Steuern:

Wir werden gezwungen sein, die indirekten Steuern zu erhöhen, damit Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Nicht zufrieden damit, neue Einnahmequellen zu schaffen, hielten wir es für notwendig, vom Volke ein außerordentlich reiches Opfer zu verlangen, damit wir das für die Reparationen erforderliche Geld beschaffen können.

Also indirekte Steuern! Also das Proletariat soll zahlen. Was ist aber mit dem "reichen Opfer"? Das ist nichts anderes als die famose Goldanleihe. Wirth ist begeistert:

Wir sind sicher, daß wir auf diese Weise sofort über bedeutende Summen verfügen werden, während das Steuerprogramm solche Einnahmen in ein bis zwei Jahr nicht liefern kann.

Hier kann man nur sagen: Steuerprogramme einer Regierung nach Wirthschem Muster werden den Kapitalisten allerdings nicht zu Leibe gehen.

"Das Opfer", so erklärt Wirth, "daß wir von den besthabenden Klassen verlangen werden, wird politische Folgen haben." Die Deutsche Volkspartei müsse in die Regierung hinein. Welches Opfer für Stinnes!

Man sieht, Wirth gibt bereits seine Wiffenstunde bei Stinnes ab. Wirth die Stinnespartei sich erbarmen und Wirths treue Dienste nicht mehr mit Unbarm lohnern? Doch das mögen die Herrschaften unter sich selbst abmachen.

Für die proletarische Einheitsfront!

Die sozialistischen Vertrauensleute von drei Königsberger Großbetrieben haben folgendes Schreiben an den Vorsitzenden des Gewerkschafts-Kartells, Mertins, gerichtet:

Trotzdem fast täglich in den politischen Arbeiter-Pressen darauf hingewiesen wird, daß die Einigkeit des Proletariats die bringendste Aufgabe der Gegenwart ist und in Versammlungen stets darauf hingewiesen wird, haben wir leider die Erfahrung gemacht, daß gerade von leitenden Genossen aller Richtungen dies nicht ernst genommen wird. Weil man das, was man angehölich zusammenfügen will, auf der anderen Seite wieder zum Schaden des Proletariats durch Separatismus und wüste Schimpfereien in Versammlungen iltusforiert. Die Folgen dieser Taktik müssen auch den Vorständen, wenn sie nicht mit Blindheit geschlagen sind, hinreichend bekannt sein.

Die Unterzeichneten sind sich vollständig klar, daß es so nicht weitergehen kann und darf. In einer gemeinschaftlichen Sitzung von Vertrauensleuten aller drei Richtungen aus den Betrieben der Union-Gießerei, Steinmühl und Eisenbahn wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, Genosse Mertins, wird beauftragt, innerhalb einer Woche, spätestens jedoch bis Sonnabend, den 24. d. M., eine gemeinsame Sitzung von den drei sozialistischen Parteien, Zeitungs-redakteuren, sowie Vertretern des Ortsausschusses und der KfA zusammenzubekommen, wo wir gemeinschaftlich die Frage beraten wollen.

Sollte diesem unseren Ersuchen nicht stattgegeben werden, so behalten wir uns alle weiteren Schritte, auch gegen den Willen der Vorstände, vor. Die Einladung an die Unterzeichneten ist dem Genossen Tolkien schriftlich oder telephonisch mitzuteilen.

Das Schreiben beweist, daß die unabhängigen Arbeiter nicht so denken wie der unabhängige Sekretär Mertins, der der unabhängigen Königsberger Zeitung alle Gewerkschaftsberichte verweigerte, weil diese einen Artikel von ihm gegen die SPD nicht gebracht hatte; und beweist weiter, daß die SPD-Arbeiter nicht so denken wie das Parteivorstands-Mitglied der SPD, Franz Krüger, der in Görlich erklärte: "Es sei ein politischer Unfug, wenn einige Organisationen unter der kommunistischen Parole 'Nieder mit dem imperialistischen Krieg!' gemeinsam mit der SPD demonstrieren, oder mit den Kommunisten die Freilassung der politischen Gefangenen verlangten."

„Reinsozialistische“ Regierung in Thüringen

Der Bezirksvorstand der USF Thüringen, veröffentlicht eine Rundgebung zur Frage der Regierungsbildung in Thüringen. Die USF fordert darin alle 3 sozialistischen Parteien zur Bildung einer gemeinsamen Regierung auf, erklärt sich jedoch bereit, auch dann an der Regierung teilzunehmen, wenn eine der beiden Parteien die Beteiligung ablehnt.

Beschützer.

Von August Strindberg.

Die wacklige Bank antwortete mit einem Knarren und Quetschen, als würde ein Bündel Stroh zerbrochen, und die ganze Reihe der Gefellen schaukelte und nickte mit den Köpfen wie Strähen auf einem verfallenen Waghbaum.

"Was ist das für ein höllisches Unwesen dahinten?" schrie der Atermann. "Jagt die Gefellen auf der vorletzten Bank hinauf."

"Wir waren es nicht, wir waren es nicht," schrien die Gefellen. "Es war die Bank!"

Der Budel strich sich mit beiden unschuldigen Händen das Haar aus der Stirn und half mit, den unruhigstehenden Kameraden "H!" zuzurufen.

Meister Fabel benutzte die Gelegenheit, um wieder das Wort zu nehmen, was nicht schwer war, da der Atermann seinen ganzen Vorrat alter Redensarten erschöpft hatte. Er beugnete zuerst den Vorwärtigen des Atermanns, daß die Vorwärtigen angegriffen würden, erwähnte ferner das Amt zu Befriedigung, denn Kammergeister seien nicht die Ältesten von den Wohlthätern der Menschheit, weil Adam aus der Faust, Noah aus einer Lehmtonne und unser Erlöser aus einem Schwamm getrunken habe. Die Jinnanne sei eine spätere Erfindung, die einst zu ihrer Zeit den Hellenismus der Vorwärtigen angegriffen, der seinerseits das Wort geübt habe. Aller Fortschritt geschähe nur durch Angriff und Töten, und wer den Angriff zu hindern suche, hindere also den Fortschritt. Was den wohlthätigen Schutz betreffe, so könne er sich nicht der Rettung des Atermanns anschließen, daß das Kriegsvolk den Bürger schütze. Er hätte eher zu merken geglaubt, daß der Krieger recht tüchtig den Bürger unterdrücke; und was das Weib anginge, so fände er täglich und stündlich, daß des Mannes ausgeübter Schutz darin bestünde, daß das Weib Fußböden scheuere, Stiefel ausziehen, an der Schwelle liegen und waschen, in der Hitze am Herd stehen, das Bett machen, das Essen bereiten, alle erwidrigen und das Schwammgefühl kranken Beschäftigungen ausüben müsse, die jeder einjährige Verpfichtet wäre, selbst zu verrichten; nicht davon zu sprechen, daß sie die gemeinsamen Kinder tragen und nähren müsse.

Der Atermann nahm sich die Freiheit, Meister Fabel zu unterbrechen, und ersuchte ihn, nicht persönlich zu werden.

Die Sübe, die wußte, daß der Atermann tyrannisch gegen seine Frau war, brach in ein leichtes Gelächter aus.

Für die Tätigkeit der Regierung wird ein Minimalprogramm aufgestellt. Auf die Reichsregierung soll in der Richtung hingewirkt werden, daß die Forderungen einer sofortigen Aushebung des Ausnahmezustandes, einer Amnestie, einer Demokratisierung der Verwaltung und Wehrmacht, einer Sozialisierung und einer Erlassung der Sachverhalte verwirklicht werden. Für Thüringen werden u. a. folgende Forderungen erhoben:

Aufbau einer demokratischen Verwaltung; dabei dürfen als obere Verwaltungsbeamte, sowie als Vorstände aller Reichs- und Landgerichte, sowie endlich als Leiter aller Schulen nur solche Persönlichkeiten in Betracht kommen, die durch ihre politische Haltung eine Gewähr dafür bieten, daß sie mit ihrer Ueberzeugung zweifelstlos auf dem Boden der Republik stehen.

Unbedingte Sicherstellung der Landespolizei gegen alle gegenrevolutionären Einflüsse.

Die staatlichen Domänen, Forsten, Kohlen- und Kali-abbau, Elektrizitätserzeugung sind in Thüringen gemeinschaftlich umzustellen, die Domänen zu landwirtschaftlichen Musterbetrieben auszubauen und die Arbeiter an der Mitwirkung zur Produktion und der Verwaltung heranzuziehen.

Staatliche Regelung der gesamten sozialen Fürsorge, des Gesundheitswesens, Anerkennung des Rechts auf Hilfe für alle Bedürftigen.

Der Wohnungsbau ist nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu fördern. Die Staatsforsten sind in den Dienst des Wohnungsbaues zu stellen.

Nach Schaffung des Mantelgesetzes durch das Reich ist die Trennung der Kirche vom Staat durchzuführen.

Es kommt bei diesen Forderungen, von ihrer Evidenzhaftigkeit abgesehen, vor allem darauf an, daß sie durchgeführt werden. Die SPD. sieht in einer bürgerlich-parlamentarischen Regierung nicht das Instrument, das eine Lösung der politischen Konflikte im revolutionären Sinne, im Sinne des Proletariats herbeiführen konnte. Deshalb wird sich die SPD. an einer sogenannten "rein sozialistischen" Regierung nicht beteiligen. Die SPD. aber diese Regierung stets da unterstützen, wo sie proletarische Politik treibt, sie wird sie unterstützen bei der Durchführung des erwähnten Minimalprogramms. Sie wird aber auch in voller Freiheit Kritik üben, wenn eine solche Regierung gegen die Interessen des Proletariats verstößt.

Die Oppauer Katastrophe.

Die Vergungsarbeiten schreiten immer noch rüstig vorwärts. Besonders die Oppauer Arbeiterschaft selbst arbeitet unermüdet. Dieses schöne Beispiel praktischer Solidarität hatte auch heute wieder Erfolg. Einige Frauen und Männer wurden noch lebend aufgefunden. Einigen von ihnen wird von oben Nahrung zugeführt, da man sie noch nicht bergen kann.

Die Unglücksstätte selbst ist abgesperrt, wird aber von Laufenden besucht.

Der Aufführungs- und Nachrichtendienst verfaßt ganz. Frauen laufen verzweifelt von Lazarett zu Lazarett, von Totenhäusern zu Totenhäusern, ihren Mann zu suchen. Heute erschienen die ersten Verlustlisten. Die ersten Opfer wurden benannt.

Seltfam ist es, daß von keiner Zeitung die Schuldfrage berührt wird. Die sofort gebildete "Schutzvereinigung der Explosionsgeschädigten" sucht Zeugen und Material, um der Entstehungsurache auf den Grund zu kommen. Die Arbeiterschaft ist sich einig darin, daß das

Afford- und Prämienystem,

das von der Betriebsleitung unbarmerzig durchgeführt wurde, die Hauptursache an dem Unglück trägt. Die Arbeiterschaft erklärt sich den Vorgang folgendermaßen. Der erste, kleinere Schlag, rührt von den Versuchen, das Verfahren auf 1000 Atmosphären zu bringen, her. Diese erste Explosion übertrug sich dann jenenfalls auf das Silo 11, wo 8000 Zentner Ammoniumsulfat gelagert. Durch das neueste Spritzverfahren wurde die Masse flüssig in Röhren, die von Gasflammen erhitzt wurden, in das Silo geleitet. Bei dieser Arbeit entwickelten sich Gasdämpfe in großer Menge.

Vorsichtsmaßnahmen wurden nur soweit angewendet, als dem Profit zuträglich war.

Wir verlangen:

Reiflose Aufklärung der Schuldfrage unter Kontrolle des Arbeiterrates. Sofortigen Ausbau der sanitären Einrichtungen, deren ein Riesenunternehmen mit einer Belegschaft von über 25000 Mann bedarf. Reiflose Versorgung der Opfer der Katastrophe, und sofortiger Ausbau der zerstörten Ortschaften.

Eine neue Erklärung der Direktion.

Nach einer Erklärung der Badischen Anilin- und Soda-fabrik steht nunmehr fest, daß die Katastrophe auf die Explo-

sion eines Lagers von etwa 4500 Tonnen Ammoniumsulfat (Salpeter zurückzuführen ist. Es war bisher nicht bekannt, und im höchsten Maße überraschend, daß diesem Produkt Explosionsfähigkeit innewohnt. Die Ursache der Explosion wird kaum sicher ermittelt lassen, weil sämtliche zur Zeit der Explosion in diesen Räumen beschäftigten Personen der Katastrophe zum Opfer gefallen sind. Die Nachricht, daß Oppau gänzlich zerstört ist, trifft nicht zu. Mit der Wiederaufnahme der Ammoniakherstellung kann in nicht allzuferner Zeit gerechnet werden.

Diese Erklärung scheint darauf auszugehen, den Sachbestand zu verbunkeln. Wie kommt die Direktion dazu, die Explosion auf ein Produkt zurückzuführen, von dem sie selbst sagt, daß sie es überhaupt nicht für explosionsfähig hielt?

Die Arbeiterschaft muß die ganze Aufhellung des Sachbestandes fordern. Den Angaben der Oppauer Arbeiter muß nachgegangen werden. Der Arbeiterrat von Oppau, die Organe der Arbeiter, müssen die Untersuchung durchführen.

Die Verwüstungen in Mannheim.

Ueber die Wirkungen der Katastrophe in Mannheim erzählt die "Telegraphen-Union", daß der Schaden Millionen beträgt. Der Hauptanteil entfällt auf die zertrümmerten Schaufenstergehäusen. Im National-Theater wurde der eiserne Vorhang eingedrückt. Auch in Waldhof wurden große Verwüstungen, besonders in den Fabriken, angerichtet. In Mannheim stelen 3 Menschenleben der Explosion zum Opfer. Bei Benz u. Co. schätzte man die Zahl der Schwerverwunden auf 30, die der Leichtverletzten auf 80 bis 100 Personen. Bei der Firma Vopp u. Reuter wurden durch Zertrümmerung der Oberlichtfenster zwei Personen schwer und 35 leicht verletzt. Im Industriehafen wurden drei Arbeiter der Firma Landauer durch Zusammensturz der erst vor kurzem erbauten Hallen getötet und 14 verletzt.

Die Trauerfeier.

(WZ.) Mannheim, 25. September.

Unter Beteiligung großer Bevölkerungsmassen, etwa 70000 Menschen aus Ludwigshafen, Mannheim und der Pfalz, und in Gegenwart des Reichspräsidenten, des bayerischen Ministerpräsidenten, des badischen Staatspräsidenten, des Präsidenten des bayerischen Landtages und Vertreter zahlreicher Behörden und Organisationen wurde heute auf dem Ludwigshafener Friedhof die Trauerfeier für die Opfer der Oppauer Katastrophe gehalten. Die französischen Militärbehörden waren durch General de Metz als Beauftragten der Internationalen Rheinlandkommission und General Dangand als Beauftragten des Militärbesatzungsbereichs General Degoutte vertreten, welche beide in vor Beginn der eigentlichen Trauerfeier an den Reichspräsidenten gerichteten Ansprachen in warmen Worten ihre Teilnahme zum Ausbruch brachten und Kränze niederlegten. Der Reichspräsident erwiderte ihnen mit Worten des Dankes. Es berührte wohlthuend, daß am Grabe der Opfer dieser Katastrophe das menschliche Gefühl sich über die Landesgrenzen hinwegsetzt. In gleicher Weise dankte der bayerische Ministerpräsident. Bei der Trauerfeier hielten sodann Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes, der Arbeiterschaft und der Direktion des Werkes, der badische Staatspräsident, der Präsident des bayerischen Landtages, der Regierungspräsident der Pfalz und der Oberbürgermeister von Mannheim Ansprachen. Die von Musik und Gesang eingeleitete und geschlossene Feier verlief würdig und eindrucksvoll.

Keine Gefahr in den Leunawerten?

Da in dem der Badischen Anilin- und Sodafabrik gehörigen Leunawerk bei Halle annähernd 22000 Arbeiter beschäftigt sind, hat die Katastrophe von Oppau in Halle große Beunruhigung hervorgerufen. Zur Beruhigung der Arbeiterschaft im Leunawerk hat die Direktion des Werkes durch Anschlag bekannt gemacht: "Das Werk Oppau ist zum Teil zerstört; obwohl der ganze Umfang der Katastrophe noch nicht ermittelt werden kann, steht doch einwandfrei fest, daß es eine Explosion in der Ammoniakfabrik gewesen ist. Auf den Leunawerken wird kein Ammoniumsulfat hergestellt, eine ähnliche Gefahr ist ausgeschlossen." Auf Anfrage teilt das Leunawerk mit: "Für das Leunawerk ist entgegen den umlaufenden Gerüchten gar keine Gefahr vorhanden, da überhaupt kein Ammoniumsulfat hergestellt wurde, das die Explosion entstanden ist, keine Gefährlichkeit zugebracht wurde, da es immer in Fässern mit der Bahn versandt wurde. Im Leunawerk ist ein ähnliches Unglück völlig ausgeschlossen. Dort werden nämlich keine Mischdünger hergestellt, insbesondere auch kein Ammoniumsulfat. Die Produktion des Leunawerks umfaßt lediglich Ammoniakwasser (Salmiakgeist) und Ammoniumsulfat (schwefelsaures Ammoniak). Andere Düngstoffe stellt Leuna nicht her. Auch ist es bei dem jetzigen Umfang des Betriebes ausgeschlossen, daß das Leunawerk zur Herstellung der in Oppau produzierten Dünger herangezogen wird."

Der Atermann entwarf nun ein Gemälde von dem glücklichen Zustande, in welchem Handel und Gewerbe sich befanden, besonders das Rammengießergewerbe; und er beschwor die Sübe, keine Rücksicht auf die Schreibfäße zu nehmen, die es zu allen Zeiten gegeben habe, und deren einzige Aufgabe es sei, mißbergütigt zu sein. Er bat die ganze Sübe, sich wie ein Mann zu erheben, da sie jetzt in ihren Grundlagen angegriffen werde und man seine unreinen Hände an die Schöpfung der Vorbäter zu legen drohe.

Kratz! Klang es aus dem Hintergrunde der Stube, und jetzt türzte die wacklige Bank mit den sechs Gefellen zu Boden. Der kleine Budel sprang auf, schrie und beschwerte sich über das Unwesen und sich mit seinen Krücken auf den Boden. Die ganze Gefellenjacht geriet in ein unwiderstehliches Röcheln, und Meister und Atermann murkten einstimmen. Die Glocke läutete und die Zusammenkunft der Sübe war aufgelöst.

Die Bänke wurden beiseite geschoben, Tische herangezogen, und das Bier stieß in Becher und Kannen.

"Nun, lieber Bruder Fabel", sagte der Atermann und umarmte seinen Segner, "du bist doch nicht böse auf mich, daß ich dich eben gezaunt habe?"

"O, findet das jemand", sagte Meister Fabel. "Grob soll man ja aufeinander sein, wenn man diskurtiert; aber du brauchst nicht so schrecklich zu übertreiben, finde ich."

Als Atermann mußte ich immer überlegen sein, das weißt du doch, sonst hat man keinen Respekt vor mir."

"Ja, es ist merkwürdig, daß die Leute keine Achtung vor einem haben, wenn man nicht lägt", sagte Meister Fabel.

"Nicht so lägt, nicht so lägt", sagte der Atermann; "heißt du, wenn man so parbaug auf einen Knebersfuß hinauf kommt, und es wird still um einen, und man sieht eine Wand von Lichterflammen und Augen vor sich, so ist es nicht so leicht, an das zu denken, was man sagt, aber sagen muß man etwas, und wenn die Gedanken einen verlassen, so finden sie immer noch Worte, die man nehmen kann. Unter uns, ich muß bekennen, daß du sehr recht hattest in der Hauptsache, aber so etwas darf man den Gefellen nicht sagen, die alle für den billigsten Preis Meister werden möchten und nur darauf warten, daß wir nachgeben."

"Unter uns, mein Bruder", erwiderte Meister Fabel, "wir sind alle Gefellen gewesen, und darum müssen wir nun auch verstehen, was die Gefellen wollen."

Die Karten mahten auf den Tisch und Bosse sprach: "Das ist sehr schön gesagt..."

"Aber laß uns das Schöne laut sagen und nicht nur das Häßliche."

"Du bist ein Ehrenmann", sagte der Atermann und lud seinen Widersacher ein, eine Ranne zu trinken.

Das Trinken ging mit Nachdruck los; das Gespräch wurde lebhafter, die Lichter schläfriger und die Luft schlechter. Darauf wurde Essen heringetragen. Die Meister bewirteten. Schinken und gefalzener Fisch verschwanden von den Schüsseln so schnell wie sie gekommen waren. Darauf wurden Gesundheit auf die Jungfrau Maria, auf die Schutzpatrone, auf das Amt, auf Atermann und Meister ausgebracht. Die Alten gingen heim, aber die Gefellen mußten bleiben, um aufzuräumen und das Geschirr zu waschen.

Ein Freubengeschei brach los, und alle Meister wurden in der großen Schale gekammelt, die mitten auf den Tisch gestellt wurde.

"Bosse soll sprechen!" rief man, daß die Hütte zitterte.

Bosse oder Boo — das war der Budel — stand auf und setzte sich auf den Stuhl des Atermann; sein Kopf kam in gleiche Höhe mit den Armlernen. Er war sehr angeheitert; das Gesicht leuchtete in einem einzigen großen Lächeln; die schwingenden Haarzotten ließen auf seiner Stirn; die großen Zähne glänzten in ihrer Reihe, und die kleinen Augen blinkten so listig.

Still, Gefellenbengel", fing er an und klopfte mit der Krücke an die Schale, worauf er mit demselben Fißsarm die größte Ranne, die er sah, an sich herantescherte.

Von allen menschlichen Bedürfnissen, nächst einem, besser Ramen ist in solch seiner Gesellschaft nicht zu nennen wage, ist ohne allen Zweifel das Nebenhalten des, das am wahrsten und besten einem innewohnenden Gefühl Luft macht. Alle haben wir einmal in unserem Leben gesprochen. Ewa hielt eine Rede, ehe sie Adam den Apfel ausschwahte. Sara sprach lange und gut, ehe sie Abraham Kinder gebar, und der heilige Hieronymus hätte nie aufgehört, wenn nicht der Löwe gekommen wäre und ihn aufgefressen hätte. So ist es bestellt und so ist es geplant! Alle haben wir gesprochen, Große und Kleine, Arme und Reiche....

Und Laube und Stunne..., fiel Bruder Rigels ein, der mit Bosse um die Ehre, der Wichtigste zu sein, stritt.

Bosse grinste höhnisch und rührte die Schale mit seiner Krücke um. Darauf sagte er:

"Die Blinden sehen, die Tauben hören, und die Stummen sprechen, so steht es in der Schrift, und ist es nicht wahr, so nur: ich wußt dafür einsehen!"

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten.

Amstern des neuen Polizeipräsidenten.

Ueber die Amtseinführung des neuen kommissarischen Polizeipräsidenten berichten die bürgerlichen Zeitungen wie folgt: „Der neue kommissarische Polizeipräsident, Oberstaatsanwalt Kleibömer, und sein neuer Vertreter, Regierungsrat Bender, trafen sich am 23. der gesamten Beamtenschaft des Polizeipräsidenten und der Schutzpolizei vor. Bei dieser Gelegenheit hielt Polizeipräsident Kleibömer eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: „Das Volk habe ein Recht darauf, sich überzeugen zu lassen, daß die Polizei ein loyales Organ der demokratischen republikanischen Regierung sei, nicht, wie die Verfassung zu stützen. Unbedingte Verfassungstreue sei Pflicht für die Beamten der Republik. Selbstverständlich sei es, daß die Beamten in ihrer inneren Einstellung nicht alle gleichgerichtet seien. Bestimmungszwang und alles, was nach Gesinnungsschnelligkeit aussehe, solle keineswegs ausgeübt werden. Dem stehe aber das Verlangen nach loyaler Verfassungstreue nicht im Wege, das unbedingt ausgesprochen werden müsse. Für seine eigene Person und für die seines Stellvertreters erklärte er weiter, stehe er nicht an zu bekennen, daß er über diese selbstverständliche Loyalität hinaus auch gefühlvoll und vernunftmäßig rückhaltlos auf dem Boden der gegenwärtigen Verfassung stehe. Undernfalls hätte er sich zu seinem schweren Amt nicht zur Verfügung gestellt. Versuche, die Verfassung und die öffentliche Ordnung zu stören, müßten unparteiisch, rücksichtslos in ihre Schranken zurückgedrängt werden, ganz gleichgültig von welcher Seite sie kommen.“

Auch der Herr Liebermann betont auf den Angriff der „Volkswacht“, daß er sich bei all seinen Handlungen nur von dem Willen leiten ließe, die Verfassung zu schützen und den Staat zu erhalten. Besonders uns Kommunisten wird die Tätigkeit dieses Herrn mit der „weißen Weste“, der es mit seinem Dienstvereinbaren konnte, auf geheimem Wege dem Leiter der Orgesch von einem Erlaß des Innenministers Kunde zu geben, der die kommunistische Presse mit den flandernssten Mitteln zu unterdrücken versuche, während die Baltikumpresse des Freiherrn v. Boringshoven ungehindert von Polizei und Staatsanwalt gegen die Republik arbeite, in Erinnerung bleiben.

Wenn der kommissarische Polizeipräsident sagt, daß er sich außer einer selbstverständlichen Loyalität als Beamter auch noch aus Vernunft und Gefühl auf den Boden der Verfassung, der Republik stelle, so wollen wir, daß die Verdächtigungen der Arbeiter, der Kampf gegen die Kommunisten geführt wird, solange dieses System nicht beseitigt wird. Ganz klar ist insbesondere, daß auch ein sozialdemokratischer Polizeipräsident keine arbeiterfreundliche Tätigkeit ausüben kann. Als Beispiel dient: Frankfurt, Halle, Magdeburg, Berlin usw.

Wiegt das Brot!

Der Magistrat schreibt uns:

Es ist in letzter Zeit wiederholt beobachtet worden, daß Bäcker und Händler die Brote nicht mit vollem Gewicht abgeben. Durch den Verkauf von Brot mit erheblichem Mindergewicht macht sich der Verkäufer strafbar. Ein etwa vorhandenes Mindergewicht ist deshalb durch Weigerung einzelner Konsumenten auszugleichen. Die Preisprüfstelle, Insterstraße 1-3, Tel. 1230, wird ebenso wie das Polizeipräsidium, die Warenangelegenheiten überwachen und bekannt werdende Fälle des Verkaufes von Brot mit Mindergewicht unmissverständlich zur Anzeige bringen. In letzter Zeit mußte bereits gegen zwei Bäckereien in der Obervorstadt beim Polizeipräsidium das Ermittlungsverfahren eingeleitet werden.

Zur Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Am Donnerstag, den 22. September, nahm eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus Stellung zu dem Bericht über bezirkliche und örtliche Lohnverhandlungen, wie Tarifverhandlungen.

Gauleiter A. O. H. berichtete über die Verhandlungen für Schlesien. Der Landesrat ist fertiggestellt bis auf zwei strittige Punkte. Für einzelne Branchen sind noch örtliche Verhandlungen notwendig über Zuschläge für einzelne Branchen zum Lohn. Die Feuerungszulagen sind festgelegt. Die Stundenlöhne sind gebildet. Die Feuerungszulagen gehalten sich für alle Ortschaften gleich, da unsere Löhne schon in den letzten unterrichtlich und gehandelt sind. Damit ist ein gutes Ergebnis für die außenliegenden Orte erzielt.

Die Feuerungszulagen sind wie folgt festgelegt: Facharbeiter über 2 Jahre ab 26. August 60 Pfennig, ab 19. September 45 Pfennig, Facharbeiter unter 2 Jahre ab 26. August 50 Pf., ab 19. September 45 Pf., Hilfsarbeiter über 20 Jahre ab 26. August 60 Pfennig, ab 19. September 40 Pfennig, Hilfsarbeiter unter 20 Jahre ab 26. August 50 Pfennig, ab 19. September 40 Pf., ab 20. Pfennig usw.

Ueber die Ortsklasseneinteilung entscheidet das Landestattum. Diese konnte in den Verhandlungen ein Ergebnis nicht bringen. Für die örtlichen Verhandlungen mit der Janung berichtet Kollege Kunze. Die Janung hat bis jetzt den Reichsmittelrat nicht anerkannt. Die Janung ist mit dem Holzarbeiterverband seit 15 Jahren in einem einheitlichen Tarifverhältnis in Gemeinschaft mit dem Schutzverband gewesener. Diesmal will die Janung den mit dem Schutzverband durch zentrale Verhandlungen festgesetzten Tarif nicht anerkennen. Auch haben die Arbeitgeber zu der weiter für den September geforderten Zulage in der letzten Verhandlung ein zu geringes Angebot gemacht. Die Janung will ab 1. September eine Zulage zum Stundenlohn von 40 Pfennig geben. Das heißt voraus, daß die Holzarbeiter im Lohn nach im Tarif ungleich gestellt sein sollen. Dies ist ein unmöglicher Zustand, der mit der Tarifbindung ein gespanntes Verhältnis auslösen muß, das zur weiteren wirtschaftlichen Schwächung führen muß, wenn die Janung den Tarif nicht anerkennen will. Der Konflikt ist von außen herbeigetragen. Durch einen Berliner Schlichter erst ist die Janung zur Ablehnung gekommen. Bedeutende Städte, in denen die Janungen des Reichsmittelrat anerkennen und durchgeführt haben, sind Hamburg, Altona, Lübeck, Kiel, Rendsburg, Brauns, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Oberhausen, Essen, Chemnitz, Rastatt, Solingen, Dresden, Leipzig, Frankfurt am Main usw. Städte, deren Bedeutung den Reichsmittelrat Verhältnissen für die Holzindustrie nicht im geringsten nachsehen.

Der beste Beweis, daß es die Janung wahrscheinlich mit vollem Bewußtsein zum Konflikt treiben will. Den Reichsmittelrat anerkennen kann kein Holzarbeiterverband und auch keine Reichsregierung, wenn in dreimaligen Verhandlungen ist verweigert worden, den Konflikt zu beheben. Die Verhandlungen führen einer Entschädigung einverstanden zu, deren Wortlaut folgender ist:

„Die am 22. September im Gewerkschaftshaus tagende außerordentliche Versammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes kann sich mit dem Reichsmittelrat nicht voll zufrieden stellen, da der erzielte Lohn für Dresden nicht übereinstimmend mit den Löhnen maßgebender Bergstädte.“

Insbesondere muß das Angebot der Tarifbindung als nicht genügend zurückgewiesen werden und wird die Verhandlungsmittelrat beantragt, sofort Verhandlungen mit der Tarifbindung anzunehmen, um insbesondere mit allen Kaufmann des Reichsmittelrat wie den Landesrat zur Anerkennung zu bringen.

Bei Nichtanerkennung der Verträge durch die Janung wird die Organisation beauftragt, alle Schritte einzuleiten, die zur Durchführung der Verträge geeignet sind.“

Am Schluß der Versammlung bringt Kollege Kunze weiter in Erinnerung, daß die Verhandlungen zu den Reichsmittelraturschlüssen gemacht werden müßten. Alle Kollegen müssen in den nächsten Tagen die Zeitung aufmerksam verfolgen, da dies die entstandene Lage unbedingt verlangt.

Wie die Amsterdamer Internationale die oberschlesische Frage lösen möchte.

Wie bekannt, hatte die Amsterdamer Internationale im letzten Juni die Herren Jouhaux und Jimmen nach Oberschlesien geschickt, um den dortigen Streitfall zu untersuchen. Nun hat die Delegation ihren Bericht veröffentlicht. Jimmen und Jouhaux weisen eingehend nach, daß das oberschlesische Industriegebiet eine Einheit sei und nicht auseinandergerissen werden dürfe. Man sollte nun denken, daß eine Kommission von Arbeitervertretern von dieser Grundlage aus zu dem Ergebnis kommen müßte, daß Oberschlesien als einheitliches Gebiet von der dortigen Arbeiterchaft vermarktet werden müßte. Aber Jimmen und Jouhaux haben eine viel schönere Lösung: sie verlangen für das Industriegebiet die wirtschaftliche Autonomie, und diese soll gesichert werden durch ein Organ des Völkerbundes, in den Deutschland sofort aufzunehmen sei. Der Rettungsanker der Amsterdamer Internationale ist und bleibt also der Völkerbund, mit dem man ja dank dem Genfer Internationalen Arbeitsbüro verwirte Beziehungen unterhält. Wie die Organe des Völkerbundes solche strittigen Gebiete zu verwalten pflegen, zeigt das Saar-Gebiet und zeigt Danzig. Im Saar-Gebiet sorgt die französische Garnison dafür, daß im Namen des Völkerbundes die deutschen und französischen Kapitalisten ungehindert ihren Profit machen können. In Danzig arbeitet der Völkerbund für das englische Kapital, für die polnischen Militaristen und sorgt nebenbei dafür, daß auch die deutschen Unternehmer nicht zu Schaden kommen. In demselben Geiste soll nun auch — wenn es nach Jouhaux und Jimmen geht — Oberschlesien behandelt werden. Anstandslos will man auch Deutschland in den Völkerbund aufnehmen, damit die deutschen Kapitalisten nur keinen Schaden in Oberschlesien erleiden. Das Programm der Amsterdamer Internationale ist und bleibt eben der Wiederaufbau des Kapitalismus, der dann gnädigst den Arbeitern einige Pfennige hintersinken soll. In diesem Sinne verlangen Jouhaux und Jimmen die Aufrechterhaltung der bestehenden sozialen Gesetzgebung in Oberschlesien und ihren weiteren Ausbau. Wenn daneben der Bericht „die Sozialisierung der Großbetriebe“ verlangt, so zeigt schon der ganze Zusammenhang, wie wenig ernsthaft diese letzte Forderung gemeint ist.

Ergötzlich ist die Kritik, die der „Vorwärts“ an den Vorschlägen der Herren Jimmen und Jouhaux übt. An sich ist ja der Amsterdamer Völkerbundsgedanke dem „Vorwärts“-Geist nah verwandt. Aber der vorchristliche deutsche Nationalismus hindert den „Vorwärts“ daran, den Amsterdamer Vorschlag anzunehmen. Der „Vorwärts“ bleibt daher bei der „deutschen Auffassung“, daß „Oberschlesien zu Deutschland“ gehört. Auf den Gedanken, daß Oberschlesien dem Proletariat gehört, das dort alle Energie schafft, kommt selbstverständlich ein braver „Vorwärts“-Redakteur so leicht nicht!

Kohlen für Januar und Februar.

Durch Bekanntmachung werden auch die Januar- und Februarmaaten der Winterkohlenlizenzen zur Versteigerung freigegeben. Es wird dringend geraten, die Kohlen schon jetzt zu beziehen, da in absehbarer Zeit infolge Erhöhung der Eisenbahnsprachtarife, der Kohlen- sowie der Umfahrfeuer, eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise nicht ausgeschlossen ist. Jeder Verbraucher muß mit der ihm zufließenden Brennstoffmenge aufs Sparsamste wirtschaften, denn es ist anzunehmen, daß für den Rest des Winters die Zuteilungen in geringerer Menge erfolgen werden.

Aus der Provinz.

Die Deutschnationalen schlagen die Kuldebestien.

Wir berichteten vor einiger Zeit, daß die auf Grund eines Reichsgerichtsbeschlusses freigesprochenen Folterknechte des Freikorps Ludow dem Landgericht Schweidnitz als Gefangenenaufsicher ange stellt seien, und als solche auch gefangene Kommunisten zu bewachen hätten. Die Kommunisten und Sozialdemokraten haben in dieser Sache eine Anfrage im Reichstag gestellt, die folgenden Wortlaut hat:

1. Ist diese unerhörte Maßnahme nicht bekannt?
2. Wer trägt von den nachgeordneten Beamten die Schuld?
3. Was gebietet das Staatsministerium zu tun, damit nicht geübte Beamte, selbst unter dem Schutzministerium dienstverpflichtet und ebenso wie oben anmerkt, sofort wieder eingesetzt werden?

Das deutschnationale „Hallesche Tageblatt“, das noch immer von vielen Proleten abonniert wird, entwirft sich natürlich über eine derartige Frechheit, wie es obengenannte Anfrage ist. In dem Streifen, den beiden Kuldebestien Folterknechten mit allen Mitteln bezuziehen, dem Verprügeln und Folterknagen der „Kauze Wolf“ ist in den Augen der mit Kopf und Eisenberühmten Dandysierenden eine Heldentat, erklärt dieses Blatt, als „unabhängige, nationale“ Schreiben „aller Stände“, daß diese Anfrage nicht nur völlige Unwahrscheinlichkeit, sondern absolute Verdrängung von Falschheit, enthalten.

Das „Blatt“ A. Tagel“ stellt ja:

a) Walter und Hühner sind als Soldaten des Freikorps Ludow gelegentlich des Kapp-Zuges der Gefangenenaufsicherung betätigt in fast gänzlich, von der Straf-kammer Dresden zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, aber zu Reichsgericht in Leipzig freigesprochen worden.

b) Walter hat nach 13 1/2-jähriger Dienstzeit und tabelloser Führung (die besten Zeugnisse von allen Seiten liegen ihm zur Verfügung) den Fährtenjagungschein erhalten. Wem war er nur kurz Zeit. Seine Führung war gut.

Auf Grund seines freigesprochenen, des Fährtenjagungscheines und der guten Führung, sowie seiner persönlichen Geschäftsfähigkeit und Seriosität hat Walter als Hilfsaufseher am Gefängnis in Schweidnitz Beschäftigung erhalten. (Walter ist Vater von drei Kindern.) Von Walter ist in Schweidnitz überhaupt nichts bekannt. Die große Anfrage Bismarck und Genossen genügt leider schon, daß Walter, der sich bei keiner Verurteilung und keinen Kollegen, aber auch bei keiner Unterdrückung (?) großer Beliebtheit erfreut, sofort gefangen werden ist. Die unglückliche Familie ist nun der Not und dem Elend preisgegeben, zumal der bekannte inoffizielle Terror und keine Freigabe herbeiführen, ihn beizubringen und verkommen.“

Die Arbeiter dürfen sich in ihrem Befreiungskampf nicht von sentimentalen Regungen leiten lassen. Die kapitalistische Gesellschaft fragt nicht danach, ob durch die Brutalitäten ihrer Offiziere und gefassten Vorbedachten tausende von Arbeitern und ihre Familien dem größten Elend preisgegeben sind.

Der Lump und Mörder Ludow wäre von einem proletarischen Gericht an die Laterne gehängt worden. Seine gefassten Spießgesellen hätte es aber gewiß zu Zwangsarbeit einige Jahre in die Hölle der Bergwerke geschickt. Soll dieser Walter, weil er von proletarischer Gerichtsbarkeit nicht ergriffen werden konnte, in freiwilliger Arbeit versuchen, den Dreck, der an ihm hängt, abzuwaschen und danach streben ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft zu werden. Jedenfalls haben selbst angeblühende republikanische Organe, wie die Gefängnisverwaltung von Schweidnitz, nicht das Recht, einen solchen Menschen auf erblosse Gefangenschaft loszulassen, solange er nicht den Nachweis erbracht hat, daß er trotz „13 1/2-jähriger Dienstzeit“ beim proletarischen Kommissar, ein anständiger Mensch ist.

Streik in der schlesischen Marmorindustrie.

Seit 12. September sehen die Marmorarbeiter der gesamten schlesischen Marmorindustrie in Oberpeilen und Groß-Kunzendorf im Streik. Die Arbeitgeber verweigern jeglichen Ausgleich für die eingetretene Feuerung. Der maßgebendste unter den Arbeitgebern wußte wohl den 15. August als Tag der Preissteigerungen wahrzunehmen, indem er aus seinem landwirtschaftlichen Gut alle Lebensmittel an die eigenen Arbeiter um 20 bis 50 Prozent teurer verkaufte, nicht aber ist er bereit, seinen Arbeitern die zum Einkauf der im Preise gestiegenen Lebensmittel notwendigen Lohnzulagen zu gewähren. Nach wochenlangen Verschleppungen haben sich die Arbeiter gezwungen, zum letzten Mittel zu greifen, um den Herren die Einsicht beizubringen, daß auch die Arbeiter Anspruch auf eine ausreichende Lebensexistenz haben. Die Arbeitgeber lehnen jede Vermittlungsfaktion des zuständigen Schlichtungsausschusses ab, wollen also von dem seit Jahrzehnten eingesetzten Herrenhandpunkt nicht abgehen.

Grüne und schwarze Polizei soll schließlich im Kampfe gegen die Arbeiter zu Hilfe kommen. Die Arbeiter werden sich hierdurch nicht abhalten lassen, im Interesse ihrer Familien solange auszuharren, bis man ihnen die Möglichkeit zum Leben geben wird.

Freiburg. Das Gewerkschaftskartell beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung auch mit der Wahl von Kommissionen, um den Preissteigerungen am hiesigen Orte zu steuern. Die Wahl dieser Kommissionen scheint der „Berger“ in die Glieder gefahren zu sein, denn ihr scheint, während sie dauernd auf die „versuchten Kommunisten“ schimpft, der Sinn für diese Kommissionen ganz verschwunden zu sein und sagt abwarten, abwarten, so lange warten, bis das Proletariat vollständig verhungert zu Boden liegt. Man hatte im vergangenen Jahre mit diesen Kommissionen gute Erfolge zu verzeichnen im Interesse des hungernden Proletariats und hofft, dasselbe auch in diesem Jahre zu erreichen.

Gottesberg. Ein roher Patron. Ein skandalöser Vorfall ereignete sich vor einigen Tagen in der katholischen Schule am Ort, der vielleicht, wenn die Eltern oder Elternbeirat Anzeige erstattet, für den Betreffenden ein gerichtliches Nachspiel haben dürfte.

Es handelt sich um den in der katholischen Schule angestellten Kastellan K. N. i. s. c., der, als Kinder, die in der Turnhalle nach dem Turnen durch einen anderen kleinen Knirps eingeschlossen waren, nicht herauskommen, sich wie ein Wilder auf die unschuldigen Kinder stürzte und sie verprügelte.

Ein kleiner Junge, der sich wahrscheinlich bewußt war, daß der Schuldner kein Recht habe, ihn zu schlagen, protestierte mit dem Wort: „Ich werde es dem Lehrer sagen, daß Sie uns schlagen!“ Daraufhin ließ der Schuldner sich den Jungen einfangen und verprügelte ihn zum Gott erbarmen. Das Kind mußte von den Eltern in ärztliche Behandlung gegeben werden, weil es durch die Mißhandlung krank geworden ist.

Wir hoffen, daß der Elternbeirat und die Eltern des Kindes die entsprechenden Schritte einleiten, um diesem Herrn den dringlichen Grundriss: „Siehe deinen Nächsten mehr als dich selbst!“ einzuprägen. Wie uns bekannt ist, soll auch der „Heiland“ gesagt haben: „Lasset die Kindlein zu mir kommen“, nicht aus dem Grunde, diese Kinder, nachdem sie gekommen oder wie es in diesem Falle ist, sie eingefangen sind, krankheitsfähig geschlagen werden. Wir verlangen die strengste Untersuchung in dieser Angelegenheit und fordern die maßgebenden Stellen auf, die Bestrafung des prügelnden Schuldners in die Wege zu leiten.

Berichtungsständer.

SPD. Breslau. Der Bezirksabend von Bezirk 9a fällt am Freitag, den 30. September, aus und findet eine Woche später statt. Der Bezirksführer.

Bezirk 12. Am Freitag, den 30. September, abends 7 1/2 Uhr, findet eine wichtige Bezirksversammlung statt. Es ist notwendig, daß jeder erscheint.

Fürstentum Gruben. Sonntag, den 2. Oktober, vorm. 9 Uhr, findet im Vereinszimmer der Stadtbrauerei, Waldenburg, eine Betriebsratsversammlung statt. Für Genossen, welche auf den Fürst. Gruben beschäftigt sind, ist es Pflicht, zu erscheinen. Ausweis: Mitgliedsbuch.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Jannus, Berlin. Verlag Engelhardt Verlag, G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW 48.

Für Fiechten-Kranke!

Anzeigen
haben in der
Schles. Arbeiterzeitung
den größten Erfolg.

Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden, heile ich mit meinem vielbewährten **Flechtenheilmittel** in 8 bis 14 Tagen.
Zahrl. Anerkennungen. Ein Fläsch genügt.
Preis 25 Mark.

F. Müller, k. u. k. Hofapotheker,
Große Krümmenstraße 23,
Spezialstunden: 9 bis 10 und 2 bis 4 Uhr.

Die besten u. billigsten Anzüge
vollständig außer Konkurrenz
Zustimmung aller Herren, die sich für eine bessere Bekleidung interessieren. Sie nur
Nikolaistr. 48 a in **Wuppertal**
in der erfindenen Herren-Bekleidungs-Fabrik
Große Kasse in der letzten, modernen Anzüge.
Inhaber: Hermann Partetzke